

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12

## Inhalt

Björn Engholm würdigt Johannes Rau, der vor 25 Jahren in den Parteivorstand gewählt wurde: Dank an Johannes Rau.

Seite 1

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 60. Jahrestag der Annahme des Ermächtigungsgesetzes: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht".

Seite 2

Dr. Elke Leonhard MdB schildert die Behandlung des Ermächtigungsgesetzes vor 60 Jahren: Der finsterste Tag des deutschen Parlamentarismus.

Seite 4

48. Jahrgang / 55

22. März 1993

### Dank an Johannes Rau

Zur Wahl von Johannes Rau in den SPD-Parteivorstand vor 25 Jahren

Von Björn Engholm  
SPD-Parteivorsitzender

Seit 25 Jahren können wir in den Spitzengremien unserer Partei auf Johannes Rau zählen. Seit 1968 ist er Mitglied unseres Parteivorstandes, seit 15 Jahren zusätzlich Mitglied des Präsidiums, seit elf Jahren stellvertretender Parteivorsitzender.

Natürlich steht Johannes Rau vor allem für Nordrhein-Westfalen. So ein erfolgreicher Ministerpräsident, wie er es seit 15 Jahren ist, muß manch einer erst noch werden. In drei Wahlen hintereinander die absolute Mehrheit zu erringen, das muß erst mal jemand nachmachen. Und das in einem Land, das keine historische Hochburg der Sozialdemokratie war. Das ist ihm sicher nicht zuletzt auch deshalb gelungen, weil er gezeigt hat, wie sich der notwendige Strukturwandel eines Landes sozial und ökologisch gestalten läßt. Nordrhein-Westfalen ist heute nicht mehr in erster Linie das Land von Kohle und Stahl - so wichtig diese Wirtschaftszweige auch heute noch sind (wie wir gerade wieder schmerzhaft erfahren). Aber Nordrhein-Westfalen ist eben auch das Land von high-tech, von qualifizierten Dienstleistungen, von Kunst und Kultur, von Forschung und Wissenschaft. Wie er - zunächst als Wissenschaftsminister - Qualifikation, Kreativität, Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen in "seinem" Land gezielt gefördert hat, um sie dann für die intelligente Gestaltung des Strukturwandels nutzen zu können, das ist ein Modell für das, was wir in ganz Deutschland zu leisten haben.

Johannes Raus politischer Erfolg gründet sich aber auch auf die Art, wie er Politik verkörpert. Bei ihm gibt es keinen Spalt zwischen Reden und Handeln. Bei ihm gibt es kein Sich-Verschancen in Gremien oder hinter Vorstands-Tischen. Er sagt immer, das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern sei "der Ernstfall der Demokratie". Wie ernst er das nimmt, kann gerade in diesen Tagen in den krisengeschüttelten Regionen des Landes beobachtet werden. Wer Politik so betreibt, entzieht der Politikverdrossenheit den Boden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmler-Gruppe  
als wertvollen Partner  
Recycling-Papier



Aber selbstverständlich hat Johannes Rau auch auf der Bundesebene unserer Partei immer eine tragende Rolle übernommen. Nicht zuletzt 1986/87 als unser Kanzlerkandidat. "Kandidat sein macht keinen Spaß", hat er kürzlich gesagt. Da hat er - wie so häufig - recht. Aber anmerken lassen hat er es sich damals nicht. Er wußte und er weiß, was er den Menschen schuldig ist. Und heute wissen wir (leider) noch besser als damals: 37 Prozent bundesweit - auch das muß man erst einmal nachmachen.

Schon früh hat er sich besonders im schwierigen Prozeß der deutschen Einigung engagiert. 1990, als wir den 'Gemeinsamen Ausschuß der sozialdemokratischen Parteien in beiden deutschen Staaten' einrichteten, wurde er einer der beiden Vorsitzenden. Und Nordrhein-Westfalen hat sehr bald besondere Beziehungen zu Brandenburg aufgenommen, die bis heute fortauern. Ich denke, auch die Brandenburger werden mir zustimmen, wenn ich behaupte, am Erfolg der Sozialdemokratie in Brandenburg war Johannes Rau nicht unbeteiligt. Sein Motto: "Versöhnen statt spalten" kann uns bei der sozialen, kulturellen und geistigen Einigung Deutschlands helfen.

Johannes Rau steht auch für die Versöhnung der Deutschen mit dem jüdischen und mit dem polnischen Volk. Seine vielfältigen persönlichen Beziehungen und Freundschaften und seine in Jahrzehnten bewährte Glaubwürdigkeit sind ein Fundament, auf dem sich Gespräche auch dann freundschaftlich führen lassen, wenn Probleme zu bewältigen sind.

Deshalb bin ich, deshalb sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, froh, daß Johannes Rau zu uns gehört. Wie oft hat er uns in den vergangenen 25 Jahren in schwierigen Situationen weitergeholfen. Sei es durch seine Ideen und Initiativen, sei es durch den richtigen Witz an der richtigen Stelle, sei es dadurch, daß man sich auf ihn immer unbedingt verlassen konnte. Wir zählen auch weiter auf ihn. Gerade jetzt brauchen wir seine Gelassenheit, seine politische Weitsicht, seine Kraft. Wir brauchen seine Fähigkeit, Neues gestalten zu können, ohne Bewährtes aus dem Auge zu verlieren. Wir brauchen Menschen wie ihn, die Tradition und Fortschritt, sozialdemokratische Werte mit den Herausforderungen der Zukunft in Einklang bringen können. Ich freue mich auf die weitere gemeinsame Arbeit.

(-/22. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **"Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht"** Zum 60. Jahrestag der Annahme des Ermächtigungsgesetzes

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Am 23. März 1993 jährt sich um sechzigsten Mal der Tag, an dem der am 5. März 1933 gewählte Reichstag am späten Nachmittag mit 441 Ja- gegen 94 Nein-Stimmen das sogenannte Ermächtigungsgesetz verabschiedete.

Für uns Heutige ist es schwer, sich die Atmosphäre vorzustellen, die an jenem Spätnachmittag in der provisorisch zum Plenarsaal umgewandelten Krolloper herrschte. Ein ausländischer Augenzeuge hat sie in dem Moment festgehalten, in dem Göring als Reichstagspräsident Otto Wels um 18.15 Uhr das Wort erteilte. Er schrieb:

"Für eine Sekunde verbreitete sich Todesschweigen im Hause, während von draußen die drohenden Sprechchöre der SA hereindrangen. Weiß bis an die Lippen, den Mund zusammengepreßt, mit harten Zügen in sichtbarem Bewußtsein der Schwere, des Ernstes und der Gefahr des Augenblicks, bestieg Otto Wels langsam die Rednertribüne. Den Kopf leicht gesenkt; aber die stämmige Gestalt gestrafft, die Schultern hochgezogen, als ob er in ein Gewehrfeuer schritte."

Was Otto Wels dann sagte, ist in die Geschichte eingegangen. Seine Rede war die Botschaft einer Bewegung, die ihrer Idee in der Stunde der Prüfung treu geblieben und die sicher war, daß diese Idee stärker sein würde als Terror und Gewalt. Es war die Bewährungsprobe eines Mannes, der die

deutsche Sozialdemokratie der Weimarer Republik in ihren Erfolgen und Mißerfolgen verkörperte wie kaum ein anderer.

Es war übrigens nicht die einzige Botschaft dieser Art. Nur wenig später - am 29. April 1933 - hielt Albert Rosshaupter im Bayerischen Landtag eine vergleichbare Rede, und auch aus ihr verdient zumindest eine Stelle, festhalten zu werden. Die Stelle nämlich, daß staatsbürgerliche Freiheit und gleichmäßige Gerechtigkeit zu den unvergänglichen Ideen gehören. Und - so fuhr Rosshaupter prophetisch fort - "Kein Volk, am wenigsten das deutsche, kann sich von diesen Leitsternen lossagen, ohne schwersten Schaden zu leiden". Mit Rosshaupter stimmten sodann 16 Sozialdemokraten gegen das bayerische Ermächtigungsgesetz.

Nach dem 23. März 1933 hatte Hitler freie Hand, um seine Pläne zu verwirklichen, Pläne, die von allem Anfang an auf Krieg zielten. Pläne, die mit der größten Katastrophe unserer deutschen Geschichte endeten und die unermessliches Leid über Europa, ja die Welt brachten. Auf dem Plakat zu den Reichstagswahlen 1932 hatten die Sozialdemokraten vorausgesagt, daß aus jedem Stimmkreuz für Hitler auf dem Wahlzettel dereinst ein Grabkreuz für einen Toten hervorgehen werde. Diese Voraussage hat sich auf furchtbare Weise erfüllt.

Ich meine, wir haben gute Gründe, der Geschehnisse am 23. März 1933 zu gedenken.

Einmal und zuerst, weil wir auf die stolz sind, die damals als Sozialdemokraten dem Diktator widerstanden. Das war nicht selbstverständlich. Andere Parteien widerstanden bekanntlich nicht, sondern stimmten der Vorlage zu. Manche, weil sie meinten, das "JA" würde größeres Übel verhindern oder sei ohnehin bedeutungslos. Andere - so die Deutsch-Nationalen - weil sie sich in ihrer Feindschaft gegen die Weimarer Republik auf Gedeih und Verderb mit Hitler verbunden hatten.

Ich will über die, die sich damals so entschieden und auch über die Argumente, die später zur Rechtfertigung vorgebracht wurden, nicht richten. Aber wahr ist, daß die Hitler'sche Machtergreifung und das Ende der Republik von Weimar nicht nur das Werk Hitlers und seiner fanatischen und irreführenden Gefolgsleute war. Sie war auch nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die seinen Aufstieg stark begünstigte.

Möglich gemacht hat das alles auch die Verblendung reaktionär-konservativer Kräfte. Papen und die Deutsch-Nationalen waren ihre politischen Repräsentanten. Ebensovienig ist zu übersehen, daß Teile der Industrie mit ihren finanziellen Leistungen die NSDAP nach den Niederlagen im Herbst 1932 zumindest vor dem weiteren Abstieg bewahrt haben. Auch die Mitwirkung einzelner führender Persönlichkeiten der Reichswehr hat eine Rolle gespielt. Schließlich muß man unter den Mitverantwortlichen auch Hugenberg mit seinem Medienimperium nennen, das nicht nur viele Zeitungen, sondern auch wichtige Teile der Filmproduktion beherrschte. Sie alle, nicht Hitler allein, zerstörten die Demokratie in Deutschland, und die Zerstörung begann schon mit der Zügellosigkeit des politischen Kampfes, mit der Verwilderung der Polemik; damit beispielsweise, daß die Beschimpfung Friedrich Eberts und der Sozialdemokraten als Novemberverbrecher in den übrigen Lagern mehr oder weniger achselzuckend, wenn nicht gar mit Zustimmung hingenommen wurde. Ja, daß Friedrich Ebert mit dem Landesverratsvorwurf förmlich zu Tode gehetzt wurde.

So gesehen ist gerade das Ja dieser Kräfte zum Ermächtigungsgesetz nicht eine einmalige Fehlentscheidung, sondern eine logische Folge ihrer politischen Maximen und Zielvorstellungen.

Daß diese Kräfte sich durchsetzten, das lag zum Teil auch an der Situation der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere an ihrer Spaltung und an der verantwortungslosen Politik der kommunistischen Führung. Die Kommunisten gehörten 1933 zu den ersten Opfern. Das ist die Wahrheit, die niemand unterdrücken sollte. Wahr ist aber auch, daß sie Wesentliches zum Ende der Demokratie von Weimar beigetragen haben. Ich erinnere nur daran, daß sie 1932 gemeinsam mit den Nationalsozialisten ein Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages betrieben, daß sie im November 1932 gemeinsam mit den Nationalsozialisten den BVG-Streik organisierten und daß sie damals in den Sozialdemokraten als den angeblichen "Sozialfaschisten" ihren Hauptfeind sahen.

Und nicht zu übersehen ist auch die damalige Schwäche und Lähmung unserer eigenen Kraft als Partei und Organisation der arbeitenden Menschen. Es ist schwer für uns Heutige, über Verhältnisse

ein gerechtes Urteil zu finden, über die selbst die noch lebenden Zeitzeugen gegensätzlicher Meinung sind. Sicher: Das sozialdemokratische Selbstbewußtsein wäre gestärkt, die nationale Identifizierung mit unserer eigenen Geschichte erleichtert worden, wenn es gegen den Preußenschlag des Herrn von Papen, spätestens aber gegen die Machtergreifung Hitlers ein Fanal, einen Aufstand, ja selbst nur ein Aufbäumen sozialdemokratischen Widerstandes gegeben hätte. Aber war diejenigen kritisiert, denen hundert oder auch tausend Tote zuviel waren und die deshalb nicht bereit waren, das Zeichen zum Widerstand zu geben, sollte auch die deprimierend geringe Aussicht auf Erfolg und die Tatsache bedenken, daß eben doch nur wenige das ganze Ausmaß des kommenden Verderbens klar vorausgesehen hatten. Am 23. März 1933 aber wurde öffentlich Widerstand geleistet - in einer schon aussichtslosen Lage.

Damit bin ich beim zweiten Grund unseres Gedenkens. Der 23. März 1933 zeigt, daß Sozialdemokraten zum Widerstand fähig waren, weil sie sich nicht nur als eine Zweckvereinigung, sondern als eine Geschichts- und Programmgemeinschaft, als eine Gemeinschaft von Menschen verstanden, die den gleichen Ideen und Wertvorstellungen anhängen. Nicht umsonst sprach Otto Wels in seiner Rede von der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Menschlichkeit als den unzerstörbaren Prinzipien des demokratischen Sozialismus.

Täuschen wir uns nicht: Eine Gemeinschaft, die Orientierung bieten will - und das wollen wir gerade in einer Zeit gewaltiger Transformationsprozesse, in der nichts mehr so ist, wie es über Jahrzehnte war, in einer Zeit, in der die dadurch bewirkte Unsicherheit, aber auch klaffende Widersprüche zwischen Reden und Handeln zu einer bedrückenden Politikverdrossenheit geführt haben und in einer Zeit, in der rechtsextremistische Parolen von neuem an das appellieren, was Kurt Schumacher den "inneren Schwelnehund" nannte - eine solche Gemeinschaft braucht ein Selbstverständnis, das nicht nur den Verstand, sondern auch das Herz der Menschen anspricht. Ein Selbstverständnis, das auch in Gefahren Zuversicht, Hoffnung und ein Stück Geborgenheit vermittelt und das auch Opfer sinnvoll erscheinen läßt. All das hat am 23. März 1933 eine Rolle gespielt. Denn ohne die Erinnerung an die Verfolgungen in der Zeit des Sozialistengesetzes, ohne die seit der Gründerzeit überlieferten Ideale, ohne das Gefühl, Glied einer großen Gemeinschaft zu sein und in einer lebendigen Tradition zu stehen, hätte die Reichstagsfraktion kaum standgehalten. Und nicht zufällig spricht Otto Wels im letzten Satz seiner Rede auch von der Zuversicht, von der ungebrochenen Zuversicht, die in der Verfolgung eine helle Zukunft verbürgt.

Noch eine Botschaft dringt von daher zu uns: Die Botschaft nämlich, daß der Rechtsradikalismus nicht durch Nachgiebigkeit oder durch Übernahme seiner Forderungen, sondern nur durch Widerstand, durch kompromißlosen Widerstand überwunden werden kann. Luise Schröder gab dem Ausdruck, als sie in der Fraktionssitzung, die der Sitzung des Reichstages voranging, den Zögernden zurief: "Keiner darf fernbleiben! Ich gehe hinüber, auch wenn sie mich in Stücke reißen. Man muß vor aller Welt den Nazis widersprechen und mit Nein stimmen."

(-/22. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### Der finsterste Tag des deutschen Parlamentarismus Vor 60 Jahren: Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes

Von Dr. Elke Leonhard MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Berlin, 23. März 1933. Massen uniformierter SA-Männer und fanatisierter Sympathisanten haben sich vor der Kroll-Oper versammelt. Auf der Tagesordnung des vor wenigen Tagen neugewählten Reichstages steht das von den Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eingebrachte "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - das Ermächtigungsgesetz.

Am späten Vormittag treffen die ersten Abgeordneten ein: Nationalsozialisten und DNVP-Abgeordnete werden unter nicht zu dämmendem Jubel der Massen in die Oper begleitet. Für die Demokraten wird der Weg zum Spießbrutenlauf: Blinder Haß schlägt ihnen entgegen; "Zentrumsschweine", "Mandistensau" wird ihnen zugerufen.

In der Oper das gleiche Szenario: Auch hier wimmelt es von Braunhemden. Nur durch ein bedrohliches Spalier gelangen die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Die Szenerie erinnert an Wahlveranstaltungen der NSDAP: Überall Hakenkreuz-Fahnen, die Abgeordneten der NSDAP in braunen Parteiuniformen. Ein dichter Kordon aus SS-Männern schließt sich um die Abgeordneten.

Aber nicht nur diese bedrohliche Inszenierung lastet auf den Abgeordneten der SPD. Schon im Vorfeld der Sitzung sind die neuen Machthaber gegen Sozialdemokraten vorgegangen. 26 SPD-Abgeordnete können nicht an der Reichstagsitzung teilnehmen: Ein Teil von ihnen wurde - ihrer verfassungsrechtlichen Immunität zum Trotz - in "Schutzhaft" genommen. Andere, unter ihnen der frühere Reichsinnenminister Wilhelm Solmann, sind bereits Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden: SA-Schläger überfielen ihn in seiner Kölner Wohnung und traktierten ihn bestialisch. Karl Severing wird unmittelbar vor der Kroll-Oper von der Politischen Polizei verhaftet. Erst im Verlauf der Sitzung, nach entschiedener Intervention der Sozialdemokratischen Fraktionsführung bei Reichstagspräsident Hermann Göring, wird er auf freien Fuß gesetzt.

Der psychische Terror ist grenzenlos; so wird die sozialdemokratische Fraktion kurz vor Beginn der Sitzung aus den Reihen des Zentrums gewarnt, nicht an der Sitzung teilzunehmen: Die Nationalsozialisten planten ein "blutiges Gemetzel". Die SPD-Abgeordneten sind gleichsam vogelfrei: In einem Gespräch mit dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning hatte Hitler es ausdrücklich abgelehnt, den sozialdemokratischen Abgeordneten die verfassungsrechtlichen Garantien des Rechtsstaates zuzugestehen. Nach kurzer Beratung beschließt die sozialdemokratische Fraktion gleichwohl, trotz unmittelbarer Gefahr für Freiheit und Leben an der Sitzung teilzunehmen.

Die Sitze der KPD bleiben leer. Die Partei war bereits verboten; Funktionäre, die nicht rechtzeitig unterzutauchen vermochten, waren in den Folterkellern der SA verschwunden.

Um 14.05 Uhr eröffnet Hermann Göring die Sitzung. Seine Rede ist Provokation par excellence. Den überparteilichen Charakter des Parlaments ignorierend, wendet es sich an die "Kameraden" und hält - ohne besonderen Anlaß - eine Gedenkrede auf Dietrich Eckart, eine der ideologischen Vaterfiguren der nationalsozialistischen "Bewegung", der schon 1923 gestorben war. Von ihm stammte unter anderen die plakative Formel "Deutschland erwake".

Wenig später: Adolf Hitler betritt das Podium. Es ist seine erste Rede im Reichstag. Nachdem er einige Wochen in bürgerlicher Zivilkleidung aufgetreten war, trägt er heute wieder das Braunhemd. Mit düsteren Worten beschreibt Hitler den "Verfall des deutschen Volkes" seit 1918 und beschwört die Bedeutung der vor ihm und den Deutschen liegenden Aufgabe des Wiederaufbaus der deutschen Nation. NSDAP und DNVP hätten das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen, um "die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses allgemein gekennzeichneten Rahmens liegen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsmäßige Mehrheit. Die Durchführung dieser Aufgaben beziehungsweise ihre Lösung ist notwendig. Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten". Die Regierung habe nicht vor, "den Reichstag als solchen aufzuheben; im Gegenteil, sie behält sich auch für die Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder aus bestimmten Gründen, wenn zweckmäßig, auch seine Zustimmung einzuholen".

Den eindeutigen Absichten über die Rolle des Reichstags läßt Hitler unverhüllte Drohungen folgen: Die Reichsregierung sei bereit, "die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstands entgegenzunehmen. Mögen Sie", schließt Hitler seine Rede, "nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg".

Das Protokoll vermerkt stürmischen Beifall und Heil-Rufe der Nationalsozialisten. Es folgt eine dreistündige Unterbrechung der Sitzung.

In der Pause legen die Fraktionen ihr Abstimmungsverhalten fest. Ein Probendurchgang des Zentrums ergibt 57 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Nach längerer Diskussion gelingt es dem Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas, die Fraktion "mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft" auf ein einstimmiges Abstimmungsverhalten für das Ermächtigungsgesetz zu verpflichten.

Ähnlich ist die Situation bei der Deutschen Staatspartei. Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident, und Hermann Robert Dietrich plädieren für Nein, zumindest für Enthaltung. Letztlich jedoch stimmen die 5 Abgeordneten geschlossen für das Gesetz.

Um 18.15 Uhr tritt Otto Wels, Vorsitzender und Fraktionssprecher der SPD, auf das Podium, um die Antwort der Sozialdemokratischen Partei vorzutragen: Er trägt eine Giftampulle bei sich. Es herrscht gespannte Ruhe, lediglich die Sprechchöre der von der Oper versammelten Menge dringend drohend in den Saal. Die Rede wird ein letztes eindrucksvolles Bekenntnis zur Demokratie: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in letzter Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt". Wels beendet seine Rede mit einem Gruß an die Verfolgten und Bedrängten: "Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntnis, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft".

Erregt geht Hitler erneut ans Rednerpult und antwortet in scharfen Worten auf die Rede des Sozialdemokraten. Die Polemik endet mit den Worten: "Und ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!" Erneut folgt den Worten Hitlers langanhaltender, stürmischer Beifall von NSDAP und DNVP, dazu Heil-Rufe aus den Reihen der Nationalsozialisten.

Vertreter der übrigen Parteien erklären im Anschluß daran ihre Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz. Als auch der Repräsentant der Deutschen Staatspartei, Reinhold Maier, das Ja seiner Partei bekanntgibt, quittieren dies die Nationalsozialisten mit höhnischem Gelächter.

444 Abgeordnete stimmen dem Ermächtigungsgesetz zu. Nur eine Fraktion setzt dem Tod der Demokratie geschlossen ein klares Nein entgegen: Die Sozialdemokraten.

Kurz vor 20.00 Uhr beschließt Göring die Sitzung. Die braune Brut springt auf und singt, die Würde des Hauses verletzend, mit erhobenem Arm das Horst-Wessel-Lied.

Den Sozialdemokraten gelingt es nur unter Schlägen und Haßtiraden, den Saal zu verlassen. Der Rat Görings, die SPD-Abgeordneten sollten in der Oper bleiben, weil ihre Sicherheit angesichts der aufgeführten Menge nicht gewährleistet sei, gerät zum Hohn: Schon während der Reichstagssitzung sind Politische Polizei und SA ausgeschwärmt, durchsuchen Wohnungen sozialdemokratischer Abgeordneter und bereiten Verhaftungen vor. Zahlreiche Sozialdemokraten entgehen der Verhaftung nur durch Untertauchen und spätere Flucht ins Ausland. Dennoch: 24 der 94 Abgeordneten bezahlen ihren mutigen Eintritt für Demokratie Freiheit und politischen Anstand in den folgenden Monaten und Jahren mit dem Leben.

Die Reichstagssitzung des 23. März 1933 war die Todesstunde der Weimarer Republik, die Todesstunde der Demokratie und Menschlichkeit. Sie ging zu Recht als finsterster Tag des deutschen Parlamentarismus in die Geschichte ein. Der Reichstag hatte "aus Furcht vor dem Tode Selbstmord begangen", wie der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Hoegner treffend formulierte.

Am 23. März 1933 kämpften nur noch die Sozialdemokraten mit Zivilcourage für den Erhalt der parlamentarischen Demokratie. Der aufrechte Gang der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bleibt unvergessen. Ihr Mut ist uns Verpflichtung.

(-/22. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*